

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 9. März 1898.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Hagenstein & Köhler, G. L. Damm, Invalidenten, Berlin, Verh. Anst., Mar. Gerhmann, Elberfeld, B. Thienes, Greifswald, G. Jülich, Halle a. S., Jul. Bard & Co. Hamburg, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 8. März.

Deutscher Reichstag.

57. Plenarsitzung vom 8. März, 1 Uhr.

Ohne Debatte tritt das Haus in erster und zweiter Beratung dem Bundesratsbeschlusse bei betreffend Aufnahme der Angelfischerei unter die einer besonderen Genehmigung bedürftigen Anlagen.

Sodann wird die Beratung der Postvorlage fortgesetzt.
Abg. Marcour (Ztr.) spricht den Wunsch aus, daß die angekündigte Herabsetzung der Postanweisungsgebühr nicht schon bei Postanweisungen bis zu 5 Mark eintreten solle, sondern bei solchen bis 20 oder doch mindestens 10 Mark. Es habe das eine große sozialpolitische Bedeutung, wenn man an die vielen kleinen Geldbeträge denke, welche von Arbeitern in die Heimat geschickt würden. Größere Berücksichtigung verdiente auch das kleine Land in Bezug namentlich auf Befreiung der Befreiungsgebühren. Betreffs der Privatposten schließt sich Redner dem schon von Lieber ausgesprochenen an. Es würde kein Unglück sein, wenn gegenwärtige Vorlage diesmal nicht zu Stande komme, und alsdann in der nächsten Session ein umfassendes Gesetz vorgelegt werde.

Abg. Lenzmann (S.) ist uns unannehmbar. Er würde verkünden, daß ein Votum für mehrere geschlossene Briefe befürwortet. Bedenken Sie die Konsequenzen für das kleine Land! Nicht einmal Stimmzettel bei Wahlen würde ein Votum in geschlossenen Kouriers ausstragen können. Wie entschieden hat sich auch Herr Miquel 1871 als Abgeordneter gegen solche Ausbeutung des Postregals ausgesprochen. Jetzt als Minister wird er freilich wohl anders denken. Zur Begründung des § 2 führt die Regierung an, die Privatanklagen seien bloße Erwerbsmittel. In welches Institut ist denn kein Erwerbsinstitut? Der blauen Reichstag ist freilich kein. Aber Sie wollen doch nicht den Werth aller Erwerbsmittel für den Verkehr leugnen! Mit solchen Einschränkungen können Sie nur den sozialdemokratischen Zug. Redner berührt u. A. auch die Frage des Briefgeheimnisses. Es sei in Prozessen festgestellt, daß wenigstens zur Zeit des Sozialistengesetzes die Reichspost gegenüber dem Anfinnen der Polizei, ihre Briefe auszuliefern, nicht stark genug gewesen sei. § 2 ist jedenfalls unannehmbar, sofern nicht im Gesetz selber die volle Entschädigung der Privatpostanklagen ausgesprochen werde. Am besten sei es, nur den § 2 einmütig anzunehmen und den § 2 zu streichen.

Staatssekretär v. Bobbelski erklärt, keinen Anlaß zu haben die Privatanklagen auszusprechen zu wollen, oder überhaupt die, daß bei einem Institut, das sich auf 4300 unbefristete Briefe gründete, bei einem anderen 6000. In einem Falle seien Massen von Briefen vorkommen. Der Staatsanwalt habe ein Einschreiten gegen solchen Vertrauensbruch für nicht möglich erklärt. Daß das Publikum durch solche Dinge geschädigt werde, sei doch unverkennbar, wenn er auch einräume, daß es gut geleitete Privatanklagen gebe.

Abg. Förster (Ant.) tritt grundsätzlich für volle Monopolisierung der Reichspost ein, aber einer Entschädigung der Privatanklagen bedürfe es unbedingt, die Anstalten und die Angestellten hätten ein Recht darauf.

Geb. Rath Dambach sucht nochmals nachzuweisen, daß die Privatanklagen kein privatrechtliches jus quæsitum hätten. Es sei auch ein Entschädigungsrecht in keiner Eingabe behauptet worden. Ganz irrig sei ferner die Auffassung, als ob in Bezug auf die Beförderung geschlossener Briefe durch expresse Voten irgend eine Abänderung eintrete. Es komme vielmehr nur darauf an, ob es sich handle um einen Nebenberuf, etwa einen Verein. Ein Verein könne nach wie vor durch Voten seine Briefe befördern lassen.

Abg. v. Stumm erwidert Lenzmann, es komme nicht darauf an, was Herr Miquel und Andere anno 1867 und 1871 gedacht haben, als sie die Briefe im Postgesetz ließen, sondern darauf, wie sich die Dinge seit damals entwickelt haben und was für Erfahrungen wir dabei gesammelt haben. Die Privatanklagen haben sich nur die besten Stellen ausgesucht und das kleine Land ganz unberücksichtigt gelassen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß da Remedur eintritt, denn das Anwachsen der Großstädte und die Verarmung des kleinen Landes wird durch solche künstlichen Mittel immer mehr begünstigt. § 2 ist kein notwendiges Übel, sondern vielmehr für mich die Hauptsache. Von einer Entschädigung für entgangenen Gewinn kann gar keine Rede sein, höchstens für einen etwaigen direkten Kapitalverlust. In Bezug auf eine Entschädigung aus Willkürschadenshaftungen hege er zum Staatssekretär das Vertrauen, daß er das richtige Maß treffen würde. Auf Anregung des Redners ergänzt

Geb. Rath v. Dambach seine vorherige Angabe noch dahin, der expresse Vereinsbote könne natürlich auch Antworten an den Verein zurückbringen, aber auch nur an diesen. Auf einen festgestellten Voten des Vereins treffe das Gesetz ja überhaupt nicht zu: denn das sei ja kein bezahlter Expressebote.

Abg. Lenzmann kommt auf das Briefgeheimnis zurück, das unter Stephan mehrfach verletzt worden sei, auf Andringen der Polizei. Wenn Herr von Bobbelski zugelegt habe, das Briefgeheimnis zu wahren, so sei das erfindlich, aber was derselbe in Bezug auf seinen Amtsvorgänger gesagt habe, sei nicht zutreffend.

Abg. Lenzmann besteht dem Geb. Rath Dambach gegenüber darauf, daß die Privatanklagen ein jus quæsitum hätten. Weiter wendet sich Redner namentlich noch gegen den Standpunkt Stumms. Der wolle derselbe keine Entschädigung Einzelner für Maßnahmen im Interesse des Gemeinwohls, bei Zoll- und Steuerfragen nehme Stumm stets gegen das Interesse des Gemeinwohls das Interesse einzelner reicher Interessengruppen wahr.

Staatssekretär v. Bobbelski wiederholt, daß er das Briefgeheimnis pflichtmäßig wahren werde und daß dies auch sein Amtsvorgänger gethan habe. Wenn seit 40 Jahren in Frage stehende Anfinnen in die Postverwaltung gerichtet worden seien, so seien dieselben stets abgewiesen worden, wofür nicht Richter und Staatsanwälte ein entsprechendes Ersuchen an die Verwaltung gerichtet hätten.

Nunmehr geht die Vorlage an eine besondere Kommission.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die Angelegenheiten freiwilliger Gerichtsbarkeit. In zweiter Lesung waren die Kommissionsbeschlüsse in bloc angenommen worden. Heute liegen acht Änderungsanträge Auer vor.

In der Generaldebatte befürwortet Abg. Stadthagen (Sd.) diese Anträge, besonders einen, betr. Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine, sowie einen anderen betr. obligatorische Hinzuziehung eines vereideten Dolmetschers bei Beurkundungen, sofern ein Beteiligter erklärt, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein.

Abg. v. Gzarlinski (Sd.) tritt ebenfalls warm für letzteren Antrag ein. Wenigstens in die Gerichtsbarkeit solle man den Fatalismus und Chauvinismus nicht mehr hereinlassen.

Abg. Wollstein (Ztr.) als Referent bei der zweiten Lesung bittet, es bei den bisherigen Beschlüssen zu belassen.

Geb. Rath Künzler ersucht ebendarnum, besonders hinsichtlich der Voraussetzungen für Hinzuziehung eines Dolmetschers.

Abg. Szmulia (Ztr.) stimmt v. Gzarlinski bei auf Grund seiner Erfahrungen in Oberschlesien. Die Art, wie das polnische Volk vor Gericht behandelt werde, sei unerhört.

Damit schließt die Generaldebatte. Der Eintritt in die Spezialberatung schlägt Präsident v. Nolte Vortag vor. Diese erfolgt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Schwerin. Anträge betreffend die Berufsvereine. Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 8. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Plenarsitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Bosse und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Kultussetz wird mit der gestern abgebrochenen Besprechung über den Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Wöttinger (nl.) wünscht eine Vermehrung der Professoren für Chemie und Einführung eines Staatsexamens, indem er die Bedeutung dieser Wissenschaft für die industrielle Entwicklung des Landes hervorhebt.

Minister Dr. Bosse: Die Unterrichtsverwaltung ist bestrebt, der gemischten Wissenschaft Förderung zu Theil werden zu lassen. Von einem Examen ist von hervorragenden Seiten abgelehnt worden, weil es eine bekannte Erscheinung ist, daß sich zu jedem neuen Examen sofort zahlreiche Personen drängen. Wir besitzen hervorragende Lehrkräfte für Chemie und wir hoffen, allen berechtigten Forderungen, die man an die wissenschaftliche Leistung unserer Institute stellen kann, genügen zu können. (Bravo!)

Abg. Dr. Dillrich (Ztr.) befreit den gestrigen Ausführungen der Abg. Sattler und Stöcker gegenüber, daß die katholische Kirche intolerant sei; ihre Intoleranz beschränke sich gegenüber den religiösen Brüdern.

Abg. v. Gzarlinski (nl.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angesichts der Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Dambach zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Umsturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Windhorst verstand es oft genug, einen Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil kein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Gzarlinski unheimlich, so untercheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verheerende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehenden Forderungen des Zentrums in Bezug auf die Konvikte und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Daß Herr Dambach seine Vorschläge für Ministerialräthe macht, ist ja sehr freundlich, aber wir können die Herren Dambach und Gzarlinski nicht als Ministerialräthe annehmen. Die Zulassung der Nebemprofessoren, die Fuchs gestern forderte, läßt uns auf über die Ziele dieses Herrn. Die Nebemprofessoren haben sich sehr eifrig in der Seelsorge erwießen, nur nicht bei den eigenen Glaubensgenossen. Wo dieser Orden sich niederlegt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Umsturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Thaten umzusetzen.

Abg. Johannsen (Däne) erwidert die Schulverhältnisse in Nordfriesland, wo es oft vorkomme, daß die Kinder bis zum 15. ja bis zum 16. Lebensjahre zum Schulbesuch gezwungen werden. Er bittet, die Altersgrenze für den Schulbesuch einheitlich festzusetzen.

Minister Bosse: Im Allgemeinen ist die Bevölkerung mit den Verhältnissen in Nordfriesland ganz zufrieden. Einzelne Unzufriedenheiten haben sich der Sache bemächtigt und nutzen sie politisch aus. Es soll nochmals in Nordfriesland angefragt werden, ob wirklich so weitgehende Unzufriedenheit herrscht. Wenn das nicht der Fall ist, so liegt kein Grund vor, die bürgerlichen Verhältnisse zu ändern.

Abg. Jürgensen (nl.) kann ein Bedürfnis für die von dem Abg. Johannsen gewünschten Änderungen nicht anerkennen.

Abg. Dr. Porich (Ztr.): Im Kampfe gegen den Umsturz verlangen wir Freiheit der Kirche; damit hat das Auftreten der einzelnen Personen nichts zu thun. Ueber sein Verhalten bei den Wahlen läßt sich das Zentrum jedenfalls keine Vorwürfe machen. Die Ordensentlassungen haben bei uns nirgends den konfessionellen Frieden gestört; auch die Nebemprofessoren würden das nicht thun.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat in der Canisius-Encyklika einen Ton angeschlagen, den er, der als weltlicher Souverän geschätzt sein will, vermeiden mußte. Es mag ja für

Katholiken schwer sein, gegen diesen Ton, der das evangelische Gewissen schwer verletzt, zu protestieren. Aber die Katholiken lassen eben die Verfassung gegen sich nicht gelten. Bei der Anstellung der Professoren an einzelnen Instituten wird in einer Weise verfahren, daß evangelische Paritätsbeschwerden wohl begründet wären. (Geben.) Obwohl das Mädchen von der Beschäftigung des Erziehungswebers als Einflüßler amtslich widerlegt ist, wird es in katholischen Blättern weiter erzählt.

Abg. Krennauer (Sd.) erörtert die polnische Sprachunterrichtsfrage und findet, daß die geltenden Vorschriften in den neulich von Dr. v. Jagzewski angeführten Fällen unrichtig angewendet seien. Von einem Unterricht zum Zwecke des Erwerbes könne keine Rede sein.

Auf eine Anregung des Abg. Hansen-Apenrade (Däne) erwidert Minister Bosse, daß er nicht in der Lage sei, eine allgemeine Anordnung in der dänischen Sprachfrage zu erlassen; es werde die Zulassung davon abhängen, ob die Sprachfrage zum Gegenstande der Agitation gemacht wird.

Abg. Hansen-Odenburg (freik.) ist mit der Stellungnahme des Ministers einverstanden.

Abg. Fuchs (Ztr.) fordert Eynern auf, für seinen ehrenrührigen Vorwurf, er Fuchs habe unflätiger Agitation betrieben, den Beweis zu erbringen. Dagegen sei es bekannt, daß die Nationalliberalen den Sozialdemokraten auf dem Bauche nachgerufen seien, um ihre Stimmen bei den Stichwahlen zu erlangen. In der Strafkammer des Reichstages trüpfen sich auch ohne die Strohhölzer noch bittere Erinnerungen genug für Katholiken.

Abg. v. Gzarlinski (natl.) meint, daß Fuchs' heutiges Auftreten genügend beweise, wie berechtigt v. Gzarlinski's Vorwürfe waren.

Abg. Porich (Ztr.) sucht nachzuweisen, daß die Provokationen von evangelischer Seite um nichts geringer und seltener sind als die von katholischer Seite; er bittet im Interesse des konfessionellen Friedens auch diese evangelischen Angriffe zu unterlassen.

Abg. Johannsen bittet den Minister, sich über die Verhältnisse in Nordfriesland nicht von Leuten unterrichten zu lassen, die dort Alles durch die anarchische Brille sehen.

Minister Bosse weist dieses Anfinnen zurück. Er beziehe seine Informationen von Beamten, die dort auf vorgeschriebenem Posten ihres Amtes walten, wofür ihnen das Vaterland dankbar sei.

Nach wiederholten Bemerkungen der Abg. Friedberg, Porich, Johannsen und Stöcker wird der Titel „Ministergehalt“ bewilligt, ebenso ohne weitere Debatte das ganze Kapitel „Ministerium“.

Darauf verlagert sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Vereidigung der bisher nicht vereidigten Mitglieder des Hauses. Fortsetzung der Beratung des Kultussetz.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Anstellung der Gemeindebeamten.

Dem Abgeordnetenhaus waren verschiedene Petitionen wegen Anstellung der Gemeindebeamten eingebracht worden. In der Petition handelt es sich darum, daß die Vorschriften des § 56 der Städteordnung in Jahrzehnte langer Praxis in der Weise gehandhabt worden sind, daß nur die städtischen Einbalken- und Unterbeamten im engeren Sinne auf Lebenszeit angestellt wurden, während die Beamten der städtischen Feuerwehrgesellschaft und Wasserwerke und dergleichen Betriebe in der Regel auf Kündigung angestellt wurden und eine Anstellung auf Lebenszeit nur ausnahmsweise erfolgt ist. Mit Rücksicht auf die neuere Entscheidung des Reichsgerichts ist diese Praxis unhaltbar geworden und die Petenten beantragen, daß auch in die Städteordnung für die älteren Provinzen die Bestimmungen aufgenommen werde, die bereits in der Städteordnung für Hessen-Nassau enthalten ist, in der § 61 vorschreibt:

„Der Magistrat hat als Ortsobrigkeit und Gemeindeverwaltungsbehörde insbesondere folgende Geschäfte:

6. Die Gemeindebeamten nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung anzustellen und sie zu beaufschlagen.“

Die Anstellung der nicht lediglich zu vorübergehenden oder zu mechanischen Dienstleistungen berufenen Gemeindebeamten erfolgt auf Lebenszeit. Abweichungen von diesem Grundsatz können durch Ortsstatut oder in einzelnen Fällen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde festgesetzt werden. In Ansehung der bei städtischen Betriebsverwaltungen angestellten Beamten findet der Grundsatz der Anstellung auf Lebenszeit nur in so weit Anwendung, als die Stadtgemeinde dies beschließt.“

In der Beratung der Gemeindekommission gab der Regierungsvertreter Geheimrath Noll folgende Erklärung ab:

„Das Haus der Abgeordneten hat in seiner Sitzung vom 22. Juni 1897 einen Antrag seiner Gemeindekommission angenommen, Inbald dessen die Staatsregierung ersucht worden ist, dem Landtage der Monarchie einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage der Anstellung der Gemeindebeamten, des Ruhegehalts und der Fürsorge für die Hinterbliebenen derselben geregelt wird. Die Staatsregierung ist diesem Beschlusse bereits dahin nachgekommen, daß ein entsprechender Gesetzentwurf nebst Begründung aufgestellt und den Regierungspräsidenten zur gutachtlichen Aeußerung mitgeteilt worden ist. Dem Eingange der Aeußerungen wird zur Zeit noch entgegengekommen. Unter diesen Umständen kann ich nur anheimstellen, die Petitionen der Staatsregierung als Material zu überreichen.“

Gleichwohl beschloß die Kommission im Hinblick darauf, daß eine schnelle Regelung der Frage der Anstellung der Beamten und der Hinterbliebenen der Gemeindebeamten dringend notwendig erscheint, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Deutschland.

× Berlin, 8. März. Die Lösung, welche die Frage der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Staatsbahnen in der Sitzung der Abgeordneten

Kommission des Abgeordnetenhauses vom 4. d. M. in finanzieller Beziehung gefunden hat, muß als eine glückliche bezeichnet werden.

Wie immer deutlicher in die Erscheinung tritt, stellen die übermächtigen Zeitverhältnisse die Eisenbahnen vor immer größere Aufgaben. Sind auch noch so große Aufwendungen zur Bewältigung des Massenverkehrs in den letzten Jahren gemacht worden, so spottet die Wirklichkeit dennoch jeder Voraussicht.

Aufsicht einer solchen Entwicklung unseres Verkehrswezens erbringt nur, unter Aufwendung großer Mittel sofort mit einer weiteren Ausgestaltung der am meisten belasteten Eisenbahnanlagen besonders in den Industriebezirken durch Verstellung größerer Rangirbahnhöfe sowie zweiter, dritter und vierter Gleise, soweit möglich auch durch Trennung des Personen- von dem Güterzugverkehr systematisch vorzugehen.

In Erkenntnis dieser Sachlage einigten sich Regierung und Budgetkommission dahin, den außerordentlichen Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung von 20 000 000 Mark auf 50 000 000 Mark zu erhöhen, auch schon beim nächsten Finanzabrechnung den Mehrbetrag von 30 000 000 Mark aus den Ueberschüssen des laufenden Jahres zu entnehmen.

Die seit zwei Jahren der Eisenbahnverwaltung zugeflossenen Einnahmen von je 20 000 000 Mark sind — wie der Vertreter des Eisenbahnministers in der Kommissionsitzung ausführte — bereits verbraucht und zwar in der Hauptsache zur Beschaffung von Betriebsmitteln; es ist sogar schon der aus den Ueberschüssen des laufenden Jahres zu erwartende Finanzmillionenfonds für die gleichen Zwecke festgelegt worden, so daß für die hier in Betracht kommenden großen Aufgaben, welche über den Rahmen der im Extraordinarium des Staats vorgesehenen großen Anlagen hinausgehen, Mittel nicht zur Verfügung stehen. Der Kommissar weist noch darauf hin, daß die Eisenbahnverwaltung zwar sofort wegen Ausgestaltung der am meisten belasteten Bahnanlagen die einleitenden Schritte gethan habe, bei solch weitläufigen Plänen aber nicht sofort mit bestimmten Projekten hervortreten könne, daß andererseits die sofortige Zeit zu deren Ausführung leicht verpasse, insbesondere der an sich schon komplizierte Grundentwurf wesentlich verteuert werden würde, wenn nicht sofort erhebliche Geldmittel zur Disposition der Regierung gestellt würden. Der in den Etat für 1898—99 für Grundentwurf neu eingestellte Dispositionsfonds von 5 000 000 Mark sei für Zwecke, um welche es sich hier handle, nicht ausreichend; vielmehr müsse Alles darauf hin, den Finanzmillionenfonds schon aus den Ueberschüssen des laufenden Etatsjahres, welches zweifellos die Mittel dazu bieten würde, auf 50 000 000 Mark zu erhöhen. Eine bloße Annullation von Fonds sei damit um so weniger zu befehlen, als gerade die hier in Frage kommenden Ausgaben für Grundentwurf, Erdarbeiten und Oberbaumaterialien, aus welchen sich die Kosten größerer Rangirbahnhöfe, zweiter, dritter und vierter Gleise in der Hauptsache zusammenfügen, sich schwerlich verwirklichen lassen, wie wenn es sich um Hochbauten und vollständige Umbauten von Bahnhöfen handle.

Werden die in der Budgetkommission gefaßten Beschlüsse vom Landtag angenommen, so bedeutet diese Maßregel eine nicht zu unterschätzende schnelle Lösung der durch die Zeitverhältnisse an Regierung und Landtag herangetretenen besonderen Aufgaben.

Nach dem Spruch „bis dat, qui cito dat“ wird der Eisenbahnverwaltung damit sofort geholfen und zwar in einer Weise, welche auch den ferneren Bedürfnissen gebührend Rechnung trägt.

Es läßt sich daher schon jetzt voraussagen, daß für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen die richtigen Mittel und Wege gefunden sind.

Antwärtig Nachweisung zufolge sind auf den deutschen Münzstätten im Monat Februar an Reichsmünzen für 14 159 400 Mark Doppelkronen und zwar sämtlich auf Privatordnung, für 185 692,15 Mark Fünfpennigstücke und für 37 760,83 Mark Ginpennigstücke ausgeprägt worden.

Die Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen über die Dedungsfrage für die Flottenvorlage sind noch nicht beendet. In Bundesrathskreisen zweifelt man nicht daran, daß unter entliehener Ablehnung des Antrages Lieber der Resolution Gannacher dem Sinne nach zugestimmt werden wird. Die Budgetkommission des Reichstags hat deshalb die Beratung der Dedungsfrage ausgesetzt und heute den Marineminister vorgekommen. Die Staatsforderungen für Schiffbau wurden gegen die Stimme des Abg. Meißner, welcher als einziger sozialistischer Vertreter in der Kommission anwesend war, genehmigt. Auch die Abg. Richter, v. Jagzewski stimmten dafür, erklärten aber, man dürfe aus ihrer Zustimmung zu den Staatsforderungen keine Folgerungen auf ihre Stellungnahme zur Flottenvorlage ziehen. Aus den weiteren Verhandlungen ist noch hervorzuheben, daß die Forderung für das zweite große Trockendock in Kiel bewilligt wurde, nachdem Staatssekretär Tirpitz die Voransetzung des Referenten Dr. Lieber bestätigt hatte, daß diese Forderung unter die im Flottengesetz zu limitirenden einmaligen Ausgaben falle. Die Weiterberatung wird morgen fortgesetzt.

Die Ausdehnung des Postregals, wie sie jetzt der Genehmigung des Reichstags unterbreitet wird, hat gestern eine Versammlung von Angehörten der Privatposten in Berlin beschloß. Da aber Unternehmungen dieser Art nicht nur in Berlin, sondern in einer ganzen Reihe von Städten bestehen, wo die Bewilligung der Forderungen der Regierung ähnliche Folgen nach sich ziehen müßte wie in der Hauptstadt, so handelt es sich um einen Vorgang, der eben so wie der am Schluß der Verhandlungen gefaßte Beschluß allgemeine Beachtung verdient. Der Berichtserfasser in der Versammlung hat ausgeführt, daß, wenn den Privatposten die Beförderung von geschlossenen Briefen innerhalb eines Ortes entzogen werden sollte, sofort 500 Tausend brotlos werden würden. Es handelt sich dabei um Männer im Alter von 40, 50, ja 60 Jahren, denen es also zum Theil recht schwer fallen würde, sofort einen anderen, gleich lohnenden Beruf zu ergreifen. In der Debatte wurde die Frage einer Entschädigung der Privatposten berührt, aber von den Rednern, zu denen auch der Reichstags-

abgeordneten Dr. Barth von der freiköniglichen Vereinigung und Dr. Kügelmann von der Sozialdemokratie gehörten, als ziemlich aussichtslos bezeichnet. Man beschränkte sich deshalb auf einen Beschluß, den Reichstag zu ersuchen, den § 2 der Regierungsvorlage abzulehnen oder, falls er doch angenommen werden sollte, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, wonach die Beamten der Privatposten sämtlich unter Anrechnung der bisher zurückgelegten Dienstzeit in den Reichsdienst übernommen werden sollen. Ob diese Forderung als aussichtslos bezeichnet werden kann, muß gleichfalls zweifelhaft erscheinen. Das Richtige wäre, wenn man sich vereinigte, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß § 2 der Vorlage nicht zu Stande komme. Die Privatposten haben sich in völlig gesetzlicher Weise zu einer nützlichen Einrichtung für den Verkehr entwickelt, die zugleich Hunderten von Beamten nebst ihren Familien den Lebensunterhalt sichert. Es würde von jedem Standpunkt aus und unter jedem Gesichtspunkt zu beklagen sein, wenn jetzt durch die Ausdehnung des Postregals den Privatposten die Möglichkeit des Fortbestandes genommen würde, ohne daß man auch auf die Erhaltung der Grenzlinie von deren Angestellten Bedacht nähme. Wir glauben, daß das auch die Absicht der Reichsregierung nicht sein wird, und erwarten deshalb, daß bereits in der Generaldebatte über das Postregalgeseß beruhigende Erklärungen von der Regierung abgegeben werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. März. Das Befinden der Kronprinzessin-Wittve ist fortwährend in der Besserung begriffen.

Die Vorkände der Deutschfortschrittlichen und der Deutschen Volkspartei werden morgen zur Konferenz zusammenzutreten, um Beschluß über das Verhalten gegenüber dem neuen Kabinett zu fassen. Wie verlautet, sind beide Parteien entschlossen, trotz des Eintritts eines Mitglieds des verfassungstreuen Großgrundbesitzes in das Kabinett, demselben so lange entschiedene Opposition zu machen, bis die Sprachenverordnungen ganz beseitigt sind.

Die Regierungsparteien werden zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses den früheren Finanzminister Dr. v. Wilinski, zum ersten Vizepräsidenten den Grafen Attems, zum zweiten Vizepräsidenten Dr. v. Fuchs wählen.

Prag, 8. März. Der Exekutivauschuß der Jungescheu hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in welcher konstatirt wurde, daß Dr. Raiz ohne vorherige Genehmigung und ohne Vorwissen des Ausschusses in das Kabinett eingetreten sei. Es wurde sodann beschloffen, demselben wegen seines Eintritts in das Ministerium keine Veranlassung in den Weg zu legen, sich aber vollständige Freiheit gegenüber dem Kabinett Tann bis zu dem Augenblick vorzubehalten, in welchem das Programm der neuen Regierung bekannt wird.

England.

London, 8. März. Nach einer Depesche des „Reuter'schen Bureaus“ aus Yokohama scheint die Verpachtung der Deers-Insel an Australien durch den japanischen Minister des Auswärtigen den Grund der Zustimmungen im japanischen Kabinett zu sein. Die Depesche will wissen, daß das japanische Kabinett die Verlegung des Ministers des Auswärtigen in den Anklagezustand verlange.

London, 8. März. Nach antizipierter Bekanntgabe ist die Krönung nach Nizza um einen Tag in Folge einer leichten Unpäßlichkeit verschoben worden, welche letztere die Krönung nicht absteht, gellern an einer Konferenz theilzunehmen. Gegenwärtig befindet sich die Krönung wieder wohl.

Amerika.

Washington, 8. März. Der Marineminister Long beauftragt den Kommandanten Brownson von der amerikanischen Marine, sich sofort nach England und Frankreich zu begeben, um die dort den Vereinigten Staaten angebotenen Schiffe zu besichtigen.

Von der Marine.

Das Artillerieschiff „Mars“ nebst seinen Tendern hat zu einer fünfjährigen Uebung den Kieler Hafen verlassen. Ebenso haben „Fürst Friedrich Wilhelm“, „Weisenburg“ und „Brandenburg“ gestern ihre Uebungspolize für Torpedo- und Geschützübungen in der Nachbarschaft Kiels aufgestellt.

Arbeiterbewegung.

Die diesjährige Lohnbewegung der Arbeiter Berlins wurde durch eine allgemeine Versammlung eingeleitet, in welcher das Programm für die in diesem Frühjahr zu unternehmende Aktion festgelegt wurde. Von sämtlichen Arbeitern ward nachdrücklich betont, daß es sich, entgegen den Mittheilungen der Arbeitgeber-Zinnung, keinesfalls um eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes noch um die Ergründung des Achtstundentags, sondern lediglich um Aufrechterhaltung der durch die Streiks und Sperren in den letzten zwei Jahren erzielten Erwerbsverhältnisse — 60 Pfg. Stundenlohn bei neunzehnstündiger Arbeitszeit — handelt könne. Daneben sollen noch gefordert werden: 1. Abschaffung der Alfordarbeit; 2. die Verhinderung der Sicherheitsmaßnahmen und Verbesserung der sanitären Verhältnisse auf den Baustellen; 3. die strikte Innehaltung der Arbeitspausen; 4. die Errichtung weiterer geräumiger Baubuden, endlich 5. bessere Behandlung durch Meister und Polizei.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. März. Wir erhalten folgende Zuschrift: Nach allen Stadtheften Stettins ist durch die elektrische Bahn jetzt eine billige Verkehrsverbindung geschaffen, nur die Lasten bleiben — wie in vielen anderen Sachen — das Stiefkind, obwohl gerade diese Stadttheile einer der verkehrsreichsten geworden ist und in Folge des Schlachthauses und Wiefhofes sich immer mehr hebt. Es ist nicht zu verkennen, daß — selbst nach dem Neubau der Oberbrücken — eine Verbindung durch die elektrische Bahn manche Schwierigkeiten hat; aber muß es denn gerade elektrisch sein? Könnten nicht zwei Omnibusse den Verkehr von der Mönchbrücke

4% 98,10%

